

116. Deutscher Ärztetag

# Ärztliche Fort- und Weiterbildung im Zeichen der Generation Y

*Eine emotionale Debatte über die Pflicht zur ambulanten Weiterbildung prägte das Delegiertentreffen in Hannover. Am Ende gab es einen Kompromiss.*

Eigentlich sah alles nach einem ruhigen Delegiertentreffen aus. Eigentlich. Denn einen Tag vor der feierlichen Eröffnung des 116. Deutschen Ärztetages in Hannover verabschiedete die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) einen Beschluss, der den 250 Vertretern aus 17 Ärztekammerbezirken ein emotionsgeladenes Topthema bescherte: Die Vertreterversammlung forderte den Ärztetag auf, die ambulante Weiterbildung als Pflicht in die Muster-Weiterbildungsordnung aufzunehmen. Ohne ein solches Signal, so KBV-Chef Dr. Andreas Köhler später auf dem Ärztetag, werde man gegenüber der Politik die Forderung nach einer Finanzierung der ambulanten Weiterbildung über den Gesundheitsfonds nicht durchsetzen können. Insbesondere Vertreter des Marburger Bundes (MB), darunter Schleswig-Holsteins MB-Landesvorsitzender und Kammervorstandsmitglied Dr. Henrik

Herrmann, wandten sich gegen eine generelle Pflicht zur ambulanten Weiterbildung und warnten vor einem Flaschenhals, der junge Mediziner ebenso abschrecken werde wie die Aussicht auf ein geringeres Praxis-Gehalt im Vergleich zur Weiterbildungszeit im Krankenhaus. Viele befürchteten zudem, die Kassenärztlichen Vereinigungen wollten sich Einfluss auf die Gestaltung der Weiterbildungsordnung sichern.

Nach einer mehrfach unterbrochenen und teilweise sehr emotionalen Debatte trafen sich dann auf Vermittlung der Bundesärztekammer (BÄK) Vertreter der KBV, des MB, des NAV-Virchow-Bundes, des Hausärzterverbandes und des Berufsverbandes Deutscher Internisten für sechseinhalb Stunden hinter verschlossenen Türen. Sie einigten sich auf einen Kompromissvorschlag, der am letzten Tag von den Delegierten mit überwältigender Mehrheit angenom-



*„Das Gesundheitswesen ist so gut, weil es die ärztliche Freiberuflichkeit gibt.“*

**Das Bekenntnis von Gesundheitsminister Daniel Bahr hörte BÄK-Präsident Prof. Frank Ulrich Montgomery gern. (Foto: Jürgen Gebhardt)**

men wurde. Danach ist nicht mehr die Rede von einer „Pflicht“-Weiterbildung und die Aufnahme in die Muster-Weiterbildungsordnung soll erst erfolgen, wenn bestimmte Rahmenbedingungen, darunter an erster Stelle die Finanzierung, erfüllt sind. Zudem sollen bei den Ärztekammern Koordinierungsstellen für die ambulante Weiterbildung eingerichtet werden (lesen Sie zum Thema bitte auch „Seite 3“). Begonnen hatte der Ärztetag harmonisch. Bereits im Wahlkampfmodus, streichelte Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr die Arzt-Seele. Der FDP-Politiker legte bei der Eröffnung ein klares Bekenntnis zur Freiberuflichkeit des Arztes ab und wandte sich

*„Mit der WBO-Novelle orientieren wir uns an den Interessen der Betroffenen.“*

**Dr. Franz-Joseph Bartmann,  
Vorsitzender der BÄK-Weiterbildungsgremien  
(Foto: Jürgen Gebhardt)**

kämpferisch gegen die von SPD und Grünen favorisierte Bürgerversicherung. Das glich in Hannover einem Elfmeter aufs leere Tor, denn auch der Ärztetag sprach sich tags darauf nahezu einstimmig gegen die „Einheitsversicherung“ und für den Erhalt des dualen Systems aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung aus. Die Bundesärztekammer (BÄK) hat dazu ein eigenes Finanzierungskonzept vorgelegt. Darin schlägt die BÄK unter anderem auch vor, für jedes in Deutschland geborene Kind ein Gesundheitssparkonto einzurichten, das als kapitalgedecktes Ansparprogramm die finanziellen Folgen der zukünftigen demografischen Entwicklung abfedern soll.

Sowohl Bahr als auch Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil griffen die seit Monaten anhaltende Diskussion um „Ärzte-Korruption“ auf und sprachen der Ärzteschaft ausdrücklich ihren Respekt aus. Bundesärztekammer-Präsident Prof. Frank Ulrich Montgomery kritisierte in diesem Zusammenhang Medien, Krankenkassen und Politik für ihren Umgang mit dem Thema: „Wir sind gegen jede Form von Korruption, gegen beeinflussende Schleichwerbung und gegen entscheidungsändernde Nebeneinnahmen. Aber in der Art, wie man gerade mit den niedergelassenen Ärzten in dieser Debatte umge-



gangen ist, sind die Dimensionen komplett verlorengegangen.“

Dr. Martina Wenker, Präsidentin der gastgebenden Ärztekammer Niedersachsen, griff zur Eröffnung des Ärztetages eine jüngst veröffentlichte Analyse zur Befindlichkeit der Mediziner-Generationen von den Wirtschaftswunderkindern und Babyboomern über die Generation X zur Generation Y auf. Für letztere ist laut Studie die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit der entscheidende Wert. „Die jungen Mediziner wollen Planbarkeit, Struktur, regelmäßiges Feedback“, so Wenker. Der Begriff der „Generation Y“ zog sich denn auch wie ein roter Faden durch die Debatten. Bessere Planbarkeit und mehr Flexibilität sind entsprechend auch wichtige Leitmotive für die in Hannover behandelten Reformen im Bereich der Fort- und Weiterbildungsordnung.

Obwohl die Ärzteschaft der privaten Krankenversicherung (PKV) trotz politischen Gegenwindes den Rücken stärkt, sperrt sich die PKV nach wie vor gegen eine angemessene Anpassung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ). Daniel Bahr forderte BÄK und PKV in Hannover noch einmal zum gemeinsamen Vorgehen auf. Doch die Geduld der BÄK schwindet. Seit 1996 betrage die Inflation in Deutschland 30,4 Prozent – der Punktwert in der



*Mit neun Delegierten war Schleswig-Holstein beim 116. Deutschen Ärztetag vertreten.*

**(von links): Dr. Thomas Schang, Peter Graeser, Matthias Seusing, Dr. Gisa Andresen, Dr. Hannelore Machnik, Dr. Vera Meyer, Rosemarie Müller-Mette, Dr. Henrik Herrmann und Kammerpräsident Dr. Franz-Joseph Bartmann (es fehlt Petra Imme). (Foto: TR)**

GOÄ sei hingegen gleich geblieben, betonte Montgomery. Der Ärztetag verabschiedete dann auch einen Antrag, in dem die Politik aufgefordert wird, die GOÄ auf der Basis des von der BÄK inzwischen entwickelten Vorschlags ohne weitere zeitliche Verzögerung umzusetzen. Als Übergangslösung müsse ein Inflationsausgleich geschaffen werden.

Als Selbstläufer erwies sich die Überarbeitung der (Muster-)Fortbildungsordnung. Sie berücksichtigt veränderte berufliche und technische Rahmenbe-

dingungen und trägt der Tatsache Rechnung, dass Ärzte neben medizinischer Expertise auch über Kompetenzen in den Bereichen Kommunikation, Management, Gesundheitsberatung oder Wissensvermittlung verfügen müssen.

Mit Blick auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf enthält die neue Muster-Fortbildungsordnung jetzt eindeutige Regelungen zum Umgang mit Unterbrechungszeiten aufgrund von Mutterschutz, Elternzeit, Pflegezeit oder wegen einer länger als



### „Keine Mengenvereinbarungen in Arbeitsverträgen“

Der Deutsche Ärztetag hat nahezu einstimmig einem Antrag aus Schleswig-Holstein zugestimmt, der Zielvereinbarungen zur Menge von invasiven Eingriffen oder technischen Prozeduren in ärztlichen Arbeitsverträgen ablehnt. In dem von Dr. Thomas Schang in Hannover erläuterten und gemeinsam mit den Delegierten Dr. Gisa Andresen, Dr. Vera Meyer und Matthias Seusing eingebrachten Antrag werden die jüngsten Vereinbarungen zwischen Bundesärztekammer (BÄK) und Deutscher Krankenhausgesellschaft (DKG) als wichtiger erster Schritt begrüßt. Beide Organisationen empfehlen den generellen Verzicht auf mengenbezogene Boni, halten qualitätsbezogene Boni aber für sinnvoll. „Der Verzicht auf Mengenzielvereinbarungen allein reicht aber nicht aus, ökonomischen Druck von der ärztlichen Entscheidung zu nehmen“, so Schang beim Ärztetag. „Empathie und menschliche Sorge lassen sich nicht kaufen, aber besser honorieren.“ Die Vergütungssysteme müssen sich nach dem Votum des Ärztetages stärker an Ergebnis- und Prozessqualität (Indikationsstellung, Patientenbeteiligung, sektorenübergreifende Integration, Ablaufsicherheit) orientieren. Die Kammerversammlung Schleswig-Holstein hatte im März 2013 ein Positionspapier zum Thema „Zielvereinbarungen“ verabschiedet, das auf intensiver Vorarbeit des Ausschusses „Medizin und Ökonomie“ fußt und das die Ärztekammer der BÄK und DKG zur Verfügung gestellt hatte (Ärzteblatt 03/13 und 04/13). (TR)



drei Monate andauernden Erkrankung. Zudem beschloss der Ärztetag, dass Veranstalter einer Fortbildung sowie deren wissenschaftliche Leitung und Referenten Interessenskonflikte gegenüber den Teilnehmern offenlegen müssen.

Viel Lob der Delegierten erhielt Schleswig-Holsteins Ärztekammerpräsident Dr. Franz-Joseph Bartmann. Als Vorsitzender der Weiterbildungsgruppen der BÄK stellte er den Sachstand zur Reform der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) vor. Die Delegierten beauftragten die BÄK und die Landes-

*„Wir brauchen intelligente, an Inhalten ausgerichtete Konzepte und keinen Zwang.“*

**Dr. Henrik Herrmann zur Diskussion um die ambulante Weiterbildung (Foto: TR)**

ärztekammern, die in einem transparenten Online-Beratungsverfahren eingegangenen Hinweise und Vorschläge der Berufsverbände und Fachgesellschaften noch im laufenden Jahr zu beraten. Eine beschlussreife Novelle soll möglichst schon dem Ärztetag 2014 vorgelegt werden.

Die neue MWBO bildet die Inhalte der Weiterbildung in Kompetenzblöcken anstelle der bisherigen kleinteiligen Spiegelstrich-Aufzählungen ab. Ziel ist eine strukturiertere und praxisbezogenere Weiterbildung. „Die Spiegelstrich-Aufzählungen waren teilweise zu differenziert und in der Kürze der Weiterbildungszeit kaum zu leisten“, erläuterte Bartmann. Deshalb sollen auch die Richtzahlen für definierte Untersuchungs- und Behandlungsverfahren reduziert und stärker an didaktischen Anforderungen sowie der Versorgungsqualität ausgerichtet werden. „Wir brauchen mehr Flexibilität. Ärztinnen und Ärzte sollen schon zu Beginn ihrer Weiterbildung mehr Planungssicherheit haben“, betonte Bartmann.

Der Ärztetag forderte in einem weiteren Beschluss, Regelungen zu schaffen, die eine strukturierte Weiterbildung auch im Rahmen von Teilzeittätigkeiten und im Verlauf von Schwangerschaften sicherstellen. Die Ergebnisse der Evaluation, an der sich 2011 mehr als 9.000 Weiterbildungsbefugte und über 20.000 weiterzubildende Ärztinnen und Ärzte beteiligt hatten, zeigen, dass sich viele Betroffene unter



anderem strukturiertere Weiterbildungspläne und familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle wünschen. Die nächste bundesweite Befragung zur Qualität der Weiterbildung soll im Jahr 2015 stattfinden.

Passend zum Tag der Organspende Anfang Juni legte der Deutsche Ärztetag ein klares Bekenntnis zur Organspende ab. „Organspende verdient Vertrauen, weil wir klar und eindeutig sehen, dass die von Selbstverwaltung und Gesetzgeber nach dem Transplantationsskandal ergriffenen Maßnahmen für mehr Kontrolle und Transparenz bei der Organvergabe greifen“, sagte BÄK-Präsident Montgomery. „Tausende Patienten verdanken ihr Überleben der Transplantationsmedizin und der Bereitschaft von Menschen, Organe zu spenden. Diesen Menschen kann ich mit gutem Gewissen sagen: Nie war die Transplantationsmedizin sicherer als heute.“

*Thomas Rottschäfer*



#### **Alle Infos zum Deutschen Ärztetag:**

- [www.baek.de](http://www.baek.de)  
Offizielle Dokumente und Videodokumentation der Bundesärztekammer
- [www.aerzteblatt.de/aerztetag2013](http://www.aerzteblatt.de/aerztetag2013)  
News, Hintergrundbeiträge, Videos und Fotos im Onlineportal des Deutschen Ärzteblattes